



### **Offizielle Stellungnahmen zum Prozess der Minsker Vereinbarungen vom 04./05.10.2015:**

*Quellen: die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info sowie ria.ru*

#### **04.10. abends**

Ria.ru: Die ukrainischen politischen Kräfte müssen vollwertig an den örtlichen Wahlen in Donezk und Lugansk teilnehmen, erklärte der Präsident der Ukraine Petr Poroschenko in einem Interview mit einem ukrainischen Fernsehsender am Sonntag.

Poroschenko sagte, dass er den vorgelegten Plan für örtliche Wahlen im Donbass nach ukrainischen Gesetzen, aber unter Kontrolle der Milizen, nicht unterstützt.

„Es gibt keinen Plan von Morel und es gab ihn nicht. Es gibt einige Vorschläge, ein Teil von diesen kann betrachtet werden, ein Teil sicher nicht. Wir haben dies während des „normannischen Treffens“ in Paris gesagt und dies wurde unterstützt“, sagte Poroschenko.

Er sagte, dass bei den Verhandlungen in Paris die Vorschläge nicht unterstützt wurden, den Flüchtlingen aus dem Donbass das Stimmrecht im Donbass zu entziehen und ihnen die Möglichkeit zu geben in anderen Oblasten zu wählen, weil sie im Donbass selbst wählen müssen.

„Die zweite Position – dies ist die Beschränkung des Rechts der ukrainischen politischen Parteien an den Wahlen im Donbass teilzunehmen. Das wird es nicht geben, das ist eine verfassungsrechtliche Norm und die ukrainischen politischen Kräfte werden vollwertig an den Wahlen im Donbass teilnehmen“, sagte Poroschenko und bemerkte, dass eine weitere Bedingung der Durchführung demokratischer Wahlen im Donbass die vollwertige Teilnahme ukrainischer Massenmedien ist.

Ria.ru: Ein Dialog zwischen Kiew und dem Donbass muss ausschließlich mit den gesetzlich gewählten Vertretern der Region erfolgen, mit denen in der Folge dessen Wiederaufbau erfolgt, erklärte heute der Präsident der Ukraine Petr Poroschenko.

„Ein Dialog muss ausschließlich im Format der gesetzlich gewählten Vertreter des Donbass erfolgen.. Sie (die Führer – Red.) sind durch gefälschte Wahlen in die Position gekommen ... Aber wenn Wahlen ehrlich durchgeführt werden, wenn sie gut organisiert werden, entsprechend den Kriterien des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte der OSZE, wenn dort die Tätigkeit ukrainischer Massenmedien, ukrainischer Parteien erfolgen wird, wenn diese Wahlen von den internationalen Beobachtern anerkannt werden, dann werden sie die wählen, mit denen wir das Land wieder aufbauen sollen“, sagte Poroschenko in einem Interview mit einem ukrainischen Fernsehsender am Sonntag.

## 05.10. vormittags

Ria.ru: Die Regierung der selbstausgerufenen LVR ist bereit, die Sicherheit aller internationalen Beobachter zu garantieren, die bei der Durchführung der Wahlen zu den Oberhäuptern der Städte und Bezirke teilnehmen wollen, erklärte der Vorsitzende des Volkssowjets der LVR Alexej Karjakin gegenüber Ria Novosti.

„Wir laden tatsächlich alle ein und haben Bestätigungen von denen vom 2. November 2014. Bei uns war ein recht breiter Kreis von Beobachtern, wir sind offen für alle“, sagte Karjakin. Er unterstrich, dass man in der LVR auch bereit ist, Beobachter aus von Kiew kontrollierten Gebieten zu empfangen.

Ria.ru: Signale bezüglich einer Verschiebung der Wahlen in der selbstausgerufenen DVR und LVR werden von der russischen Seite bereits erwartet, erklärte der Außenminister der RF Sergej Lawrow.

„Weil aus verständlichen Gründen keine Vertreter aus Lugansk und Donezk in Paris waren, hat Präsident Putin als Führer eines Landes, das aktiv bei der Regelung der innerukrainischen Krise vermittelt, versprochen auf unseren Kanälen diese komplexe Idee, die unsere französischen und deutschen Partner vorgebracht haben, nach Donezk und Lugansk weiterzugeben. In diesen Tagen, wenn wir jetzt Gespräche führen, werden solche Signale, wie ich es verstehe, kommen. Aus der Reaktion werden wir mehr erfahren“, sagte er.

Ria.ru: Die Durchführung der für den 1. November geplanten Wahlen zu den örtlichen Organen in der selbstausgerufenen LVR verletzt nicht die Minsker Vereinbarungen. Darüber sowie über die Perspektiven der Entwicklung der LVR, ihrer Beziehungen zur Russland und der Ukraine erzählte in einem Interview der Vorsitzende des Volkssowjets der LVR Alexej Karjakin.

- *Warum werden Wahlen in der LVR durchgeführt, inwieweit sind sie für die Republik notwendig und verletzen sie nicht den Komplex der Minsker Vereinbarungen?*

- Die Wahlen werden zur weiteren Formierung der Staatsorgane durchgeführt. Vor Ort muss es Vertreter des Volkes geben, wir haben das mehrfach erklärt und das ist das grundlegende Ziel. Die gesamte Initiative muss vom Volk ausgehen. Vor Ort müssen die Menschen sein, denen vertraut wird, es müssen Vertreter sein, die uns die Wünsche des Volkes deutlich machen und entsprechend Entscheidungen treffen. Dies werden Vertreter sein, die Einwohner der LVR sind. Diese Wahlen sind eine Notwendigkeit. Wir formieren unseren Staat, dies ist der nächste Schritt und es ist nicht der letzte. Natürlich ist das für die Republik nötig, vor allem als Subjekte der Staatlichkeit. Dies ist die Grundlage.

Bezüglich der Minsker Vereinbarungen und ihrer Verletzungen. Ich sehe in der Durchführung der örtlichen Wahlen in der Republik keinerlei Verstöße. Ich sehe Verstöße nur von Seiten der Ukraine, die derzeit absolut keine der Verpflichtungen erfüllt, die sie übernommen hat. Neben allem übrigen musste die Ukraine eine Gesetzgebung beschließen, die für diese Wahlen angewendet werden sollte.

Diese Gesetzgebung gibt es nicht, und sie ist, soweit ich weiß, auch nicht in der Ausarbeitung. Die Vorschläge, die von der LVR und DVR eingebracht wurden, wurden ignoriert. Die Ukraine hat mit all ihren Handlungen gezeigt, dass sie nicht bereit ist und sogar ihre Handlungen im Gegensatz dazu stehen. Wir wissen, dass in die Obersten Rada ein Gesetzesentwurf über eine vollständige Blockade des Donbass und der Krim eingebracht wurde und die Ukraine verschärft weiterhin die Lage anstatt auf einen Kompromiss zuzugehen. Wir erfüllen das, was unterzeichnet wurde. Es gibt die Norm, Wahlen vor Ort durchzuführen, wir führen sie durch. Dort stehen „nach einer Gesetzgebung“. Nun, es gibt keine Gesetzgebung, aber es ist nötig sie durchzuführen...

- *Werden internationale Beobachter eingeladen? Aus welchen Ländern?*

- Wir werden auf jeden Fall internationale Beobachter einladen. Es sind schon Einladungen an Vertreter der OSZE und selbst an eine so anrühige Persönlichkeit wie John McCain gegangen,

allerdings haben sie bisher die Einladungen abgelehnt.

Wir laden allerdings alle ein und haben Bestätigungen von denen vom 2. November 2014. Bei uns war ein recht breiter Kreis von Beobachtern, wir sind offen für alle. Sollen sie kommen und hinsehen. Wir bauen einen demokratischen Staat auf, auf demokratischen Grundlagen, deshalb wer aus welchen Staaten auch immer kommen möchte – bitte.

- *Ist die Regierung der Republik bereit, die Sicherheit zu garantieren?*

- Nun, jetzt schießt die Ukraine nicht und im Grund ist es ruhig. Wir haben nie eine Aggression gezeigt, wir verteidigen uns.

- *Das Oberhaupt der LVR Igor Plotnizkij hat erklärt, dass in Zusammenhang mit der offiziellen Position Kiew eine Integration der LVR mit Russland ein objektiver und unausweichlicher Prozess ist...*

- Igor Benediktowitsch hat gesagt, was zurzeit geschieht. Ich als einer der ersten Menschen, der an den Verhandlungen mit der ukrainischen Seite im April 2014 teilgenommen hat, kann sagen, dass wir damals tatsächlich einen Lösungsweg vorgeschlagen haben. Und wenn uns die ukrainische Seite entgegen gekommen wäre, hätte es keinen Krieg gegeben. Eindeutig wären wir im Bestand der Ukraine geblieben. Wir haben damals nur mehr Vollmachten erbeten, wir haben keinerlei Föderalisierung erbeten, wir haben keine besonderen Momente erbeten, wir haben um mehr Vollmachten vor Ort gebeten.

Ja, und wir haben uns nicht an die Macht gedrängt, wir haben einfach gebeten es so zu machen, dass die Menschen des Donbass etwas besser leben. Dies wurde ignoriert, es wurde Blut vergossen, es begannen Kriegshandlungen. Heute ist die Ukraine bereit darauf einzugehen, aber jetzt ist die Frage: ist das Volk des Donbass bereit darauf einzugehen? Mit jeder Bewegung, die die Ukraine macht, stößt sie den Donbass weiter und weiter von sich weg.

Mit der RF sind wir durch verwandtschaftliche Bande verbunden, nicht nur ökonomisch und politisch, weil der Donbass, wenn man tiefer in die Geschichte sieht, das sind tatsächlich Siedler aus den Oblasten Twersk, Orenburg, Orlow und Rostow. Im Prinzip sind alle unsere Wurzeln russisch. Wir können nicht anderswohin. Uns zieht es zu unseren Verwandten. Und das ist richtig, das ist normal.

- *Orientiert sich der Volkssowjet in seiner Arbeit an diesem Kurs?*

- Der Volkssowjet hat heute eine bestimmte Funktion. Leider entspricht die ukrainische Gesetzgebung nicht vollständig den Normen, die man auf diesem Territorium anwenden wollte und sollte. Deshalb ist für den Volkssowjet das grundlegende Ziel, ein Fundament zu legen, um dann zu bauen. Zurzeit werden die Grundlagen gelegt. Bisher ist die vorrangige Richtung in der Arbeit die ökonomische und soziale. Wir haben viele Rentner, viele Invaliden. Die Produktion wurde auf dem Territorium des Donbass schon zuvor sehr weitgehend zerstört, dann wurde versucht entsprechend alles zu vernichten, aber trotzdem sind die Menschen geblieben und tragen die Verantwortung für diese Menschen. Wir müssen die Unternehmen wieder nach vorn bringen und die Menschen wenigstens mit dem lebensnotwendigen Minimum absichern. Und die Ukraine tut alles ihr Mögliche, damit die Menschen an Hunger sterben. Es wird eine Art Genozid durchgeführt.

- *Werden Gesetze ausgearbeitet, die diejenigen sozial absichern, die an den Kämpfen auf dem Territorium der Republik teilgenommen haben bzw. deren Familien?*

- Solche Gesetzesentwürfe werden ausgearbeitet. Die Kämpfe laufen noch, derzeit werden bereits Listen von Toten, Verletzten, langfristig Geschädigten aufgestellt. Aber es gibt die Absicht und es werden schon Gesetzesentwürfe erarbeitet. Ich denke, das Problem liegt in den ökonomischen Komponenten. Leider hat die Republik heute kein solches Budget, um alle Schichten der Bevölkerung abzusichern. Daran kommen wir nicht vorbei.

Bisher müssen wir eine Basis dafür schaffen, dass unser Volk leben kann, alles andere kommt später. Ich sage nicht, dass das in einem oder zwei Monaten sein wird, aber ich sagte auch nicht, dass dies in Jahrzehnten sein wird. Wir gehen konsequent voran und in der nahen Zukunft werden diese Gesetzesentwürfe behandelt werden.

- *Welches ist die Politik der LVR im Bereich der Kohleindustrie?*

- Wir arbeiten zusammen mit den Ministerien und dem Ministerrat, das ist eher ihre Kompetenz. Wir sind ein Kohlegebiet und natürlich wird die Kohleindustrie sich entwickeln. Aber es ist kein Geheimnis, dass es Bergwerke gibt, die Gewinn bringen und solche, die unterstützt werden müssen. Und das ist ein gewisses Problem in der Entwicklung der Republik. Leider sind wir heute gezwungen, die Arbeit einiger Bergwerke einzustellen.

Aber gleichzeitig verstehen wir, dass durch die Entscheidungen der Obersten Rada der Ukraine

seinerzeit viele Bergwerke einfach zerstört wurden. Man hat sie dem Erdboden gleichgemacht, von ihnen sind nur Halden geblieben. Aber Kohle gibt es dort ausreichend, für viele Jahre. Nur war diese Information den Führern nicht recht, die an der Regierung waren. Für sie war es günstiger, Geld durch die Restrukturierung der Bergwerke zu waschen. Deshalb werden wir sie wiederaufbauen, werden dies in Zusammenarbeit mit der ausführenden Gewalt tun, mit den Ministerien. Ihnen ist klar, auf was sie den Akzent legen müssen, unsere Aufgabe ist es, im gesetzgebenden Bereich zu unterstützen.

- *Hat die Republik ein Potenzial?*

- Potenzial hat die Republik eindeutig. Wir haben Kohleindustrie, Metallindustrie, Kokschemie, es gibt Werke, Fabriken. Es ist nötig alles wieder aufzubauen, alles wieder in Betrieb zu nehmen und dann natürlich wird die Republik blühen. Es gibt solche Staaten wie die Schweiz, sie ist kleiner als der Lugansker Oblast im Ganzen, trotzdem blüht sie und dort gibt es nichts von dem, was es bei uns gibt. Deshalb, natürlich gib es Potenzial, es muss nur entwickelt werden. 23 Jahre wurde es vernichtet, niedergehalten, erstickt. Unsere Aufgabe ist es, alles wieder an seinen Platz zu bringen und die richtige Nutzung dieser Mittel zu sichern.

- *Mit welchen Problemen kämpft der Volkssowjet am häufigsten in seiner Arbeit?*

- Wenn nichts getan wird, gibt es auch keine Schwierigkeiten. Die Arbeit wird durchgeführt, Schwierigkeiten gibt es damit, was die ukrainische Gesetzgebung war. Derzeit wird als Grundlage die russische, weißrussische Gesetzgebung genommen. Es ist nicht einfach, diese an unser Territorium anzupassen. Wenn Gesetze solcher Staaten wie Weißrussland, Russland Kasachstan, selbst der Ukraine adaptiert werden, es war ja auch nicht alles in der Ukraine schlecht, wenn als dies sich formiert, ein Gesetzesentwurf fertig ist und in die Lesung gebracht wird, entstehen bestimmte Momente, die in der Folge zugespitzt werden. Das heißt, Schwierigkeiten als solche gibt es nicht, es ist ein Arbeitsprozess.

- *Welche Handlungen unternimmt die Führung der LVR zur Beendigung der Wirtschafts- und Transportblockade?*

- Derzeit haben wir als freundschaftliches Territorium nur die RF, Produkte werden von dort eingeführt. Von Seiten der Ukraine existiert der Faktor Blockade und sie wird heute entgegen den Minsker Vereinbarungen verschärft. Wir sind zuvor an Moskal herangetreten, jetzt an Tuka. Wir versuchen die Frage der Wasserversorgung zu lösen, weil die grundlegenden Wasserquellen sich auf dem zeitweise von der Ukraine kontrollierten Territorium befinden. Diese Frage wird in Minsk aufgeworfen.

- *Der Präsident der Ukraine Petr Poroschenko hat erklärt, dass er alles tut, um die Wahlen im Donbass nicht zuzulassen, weil dies nicht der Gesetzgebung der Ukraine entspricht und den Minsker Vereinbarungen widerspricht. Ist dies möglich?*

- Und was kann er tun? Kommt er hierher und sagt „na-na“? Nun, soll er kommen. Wir werden ihn empfangen, wie es sich gehört: wir werden ihn auf den Platz führen, die Menschen werden ihm alles sagen, was sie über ihn denken und wir werden sehen. Er meint, dass wir die Menschen mit Maschinengewehren zwingen. Soll er kommt, er wird sehen, wie hier die Menschen unter Maschinengewehren leben, und soll er die Parallele ziehen, wie die Menschen in der Ukraine leben „nicht unter Maschinengewehren“. Obwohl wir alle alles gut verstehen.

Womit haben die Ereignisse in Mukatschewo begonnen? Ein ganz anderer Teil der Ukraine, und dort haben Schießereien stattgefunden, selbst Kiew ist heute schon davon betroffen. Sehen Sie auf die Karte der Ukraine – es gibt keinen Ort, wo es keine Gewalt gab.

Poroschenko hat sich tatsächlich als der Mensch erwiesen, der auf die Spitze des Maidan fliegen wollte und einen Stern aufstecken, aber er ist in eine Falle gegangen. Und leider kann er heute nichts mehr tun, die Kriegsmacht diktiert ihm die Bedingungen. Er hat den „Rechten Sektor“ dressiert, Freiwilligenbataillone aufgestellt und kann sie nicht zurückhalten, sie diktieren nun ihre Bedingungen. Er ist eine Geisel der Situation.

Mag sich auch die Bevölkerung des Donbass für diesen Satz verurteilen, aber teilweise tut er mir Leid, er tut mir als Persönlichkeit Leid, er tut mir nicht als Mensch Leid. Er hat dies selbst getan, er hat seine Wahl getroffen, er hat bekommen, was er wollte. Er wollte Blut, aber er ist in diesem Blut untergegangen. Aber das ist seine Wahl, sein Recht, und er wird natürlich für alles zur Rechenschaft gezogen.

- *Welche Chancen hat die LVR, von anderen Staaten anerkannt zu werden?*

- Wir hoffen darauf, dass wir anerkannt werden, aber dafür müssen wir zeigen, dass wir ein wirklicher Staat sind, ein wirkliches staatliches Subjekt. Wir regieren, wir verbessern, wir rauben

nicht, wir vernichten nicht. Und nur dann wird die Weltgemeinschaft keinen anderen Ausweg haben und uns anerkennen. Heute gehen schon viele Gewichte in unsere Richtung. Alle sehen, wohin die Ukraine geht und was auf den Territorien der LVR und der DVR geschieht.